

20 Jahre SED

Ich
und die Partei

gedanken

Genosse Professor Dr. Rudolf FISCHER

Direktor des Slawischen Instituts

Eben als Angehöriger einer Generation, der an den Schulen der bürgerlichen Ära versagt war, was sie vor ernster Entscheidung so notwendig gebraucht hätte, vermag ich es zu schätzen, was die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für unsere studierende Jugend insgesamt und für unsere Slawisten im besonderen bedeutet: Stütze und Halt, Leitung und Mahnung, Orientierung auf die Forderungen des Tages und auf das große Ziel des Friedens für alle Menschen in einer gerechten, sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Als ich kurz vor der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine neue Heimat in Thüringen fand, begann für mich ein neuer Abschnitt meines Lebens. Manches von dem, was ich einst an der Prager Universität an slawistischen Fachkenntnissen gesammelt hatte, konnte ich nun für eine gute Sache fruchtbar machen. Ich arbeitete als Lehrer und als Vortragender in Kursen und auf Lehrgängen, und nach meiner Habilitation 1951 wurde ich mit der Leitung des Slawischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena betraut, bis ich 1953 an die Karl-Marx-Universität berufen wurde, auf einen Posten hoher Verantwortung. Hier konnte ich beim Aufbau unserer sozialistischen Wissenschaft mithilfe und Förderung mancher Unternehmer werden, durch die unsere Leipziger Slawistik beispielgebend wirkte.

Angehöriger eines Jahrgangs, der mit Erschütterung erfuhr, wieviel Unheil Faschismus und imperialistischer Krieg über die Völker brachte, war ich als Slawist gewillt, gerade gegenüber den slawischen Völkern eine Schuld abtragen zu helfen und mit ganzer Hingabe für eine bessere Zukunft unserer Völker tätig zu sein. Auch auf einem philologischen Teilgebiet war ich um die Gewinnung eines Geschichtsbildes bemüht, das die Jugend unserer Völker nie mehr gegeneinander, sondern zueinander führt.

Die Tage, an denen Menschen slawischer Länder in unser Institut kamen und sich beeindruckt zeigten, wie sich ein Wandel zum Guten bei uns vollzog, waren für mich die schönsten, die mir in Leipzig be-

schieden waren. So wurde ich Zeuge des Aufstieges eines wissenschaftlichen Nachwuchses, wie er in der Vergangenheit noch nie in solcher Stärke zur Qualifizierung geführt wurde. Mit der Zahl der slawistischen Dissertationen und Habilitationen trat die Karl-Marx-Universität an die Spitze aller deutschen Universitäten. Es erschienen Sammelbände mit Arbeiten leistungsstarker Nachwuchswissenschaftler. Das Scholchow-Symposium war ein Ereignis, das weithin und besonders auch in der Sowjetunion Widerhall auslöste.

Vergessen wir es nie: Es war die Partei, die uns zu allen Fortschritten den Impuls und die Kraft verlieh. Es ist und bleibt die Partei, die uns Slawisten auch in Zukunft befähigen wird, den hohen Zielen weiterhin nachzustreben. Der Partei der Werktätigen unseren Dank!

Herr Professor Dr. Rolf EMMRICH

Direktor der Medizinischen Klinik

Wenn in diesen Tagen in der Deutschen Demokratischen Republik des 20. Gründungstages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gedacht wurde, so sollte diese Zahl der Jahre kein Jubiläum schlechthin sein, sondern zur Bestimmung mahnen und Anlaß geben, Rechenschaft abzulegen und Ausblick in die Zukunft zu halten. Die beiden letztvergangenen Jahrzehnte sind für die deutsche Geschichte von historischer Bedeutung geworden und aus der Geschichte unseres Jahrhunderts nicht mehr wegzudenken. Man muß sich vergegenwärtigen, was vor 20 Jahren war, in welch unsagbarer Not sich Land und Leute befanden, um zu verstehen, daß die Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte notwendig war, damit die traurige Hinterlassenschaft des faschistischen Regimes überwunden werden konnte. Durch stete und zielbewußte Arbeit aller Werktätigen gelang es, die Deutsche Demokratische Republik aufzubauen und ihr im In- und Ausland Ansehen zu verschaffen.

Dabei bewährte sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und mit der schaffenden Intelligenz. Auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, des geistigen Lebens gab die SED Anleitung und Anregungen, die mit dem Aufbau des Sozialismus zu Erfolgen führten und auch weiterhin Gewähr dafür bieten, daß wertvolle Aufbauarbeit geleistet wird. Das Gesundheitswesen trug zu seinem Teil bei, die Produktivkraft unseres Staates zu fördern. In ihrem Rahmen auch die Medizinische Fakultät der Karl-Marx-Universität. Der sichtbare Ausdruck einer verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Partei und Medizinischer Fakultät in allen ihren Einrichtungen ist u. a. die Studienreform, deren Notwendigkeit allseitig anerkannt ist und deren Zweck-

mäßigkeit sich bereits abzeichnet. Mit den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, die das einheitliche sozialistische Bildungssystem ergänzen und zu dessen Vervollständigung beitragen werden, haben die Organisation der Forschung wie auch die Forschung selbst neue fruchtbringende Impulse erhalten.

Wir sprachen mit

Herrn Professor Dr. Günther WAGNER

Direktor des Pharmazeutischen Instituts

Im Gespräch äußerte er diese Gedanken:

Um zunächst mein gegenwärtiges Verhältnis zur SED zu kennzeichnen: Es ist der Wille zu guter Zusammenarbeit bei den vor uns stehenden Aufgaben in Lehre und Forschung.

Das war natürlich nicht immer so. 1945-46 gab es das noch nicht. Wir kamen eben aus dem Krieg zurück, waren noch relativ jung - wir hatten vielmehr geschworen, uns mit Fragen der Politik nie mehr zu beschäftigen.

Doch schon im Verlaufe des Studiums, mehr noch später während der Tätigkeit an der Hochschule, in verschiedenen staatlichen Gremien, in gesellschaftlichen Organisationen erwies sich dieser Vorsatz als unhaltbar. Diese Tätigkeit brachte immer engere Berührung mit Politik überhaupt und der Politik der Partei insbesondere. Und sie führte letztlich zum Verständnis dieser Politik.

Dabei beruhte solches Verständnis nicht in erster Linie auf Beschäftigung mit marxistischer Theorie, vielmehr auf Erkenntnis der Richtigkeit der praktisch-politischen Entscheidungen der SED. Sie ermöglichte es mir dann auch erst, bei der Erziehung der Studenten tatsächlich wirksam zu werden.

Und so ergeben sich heute sozusagen als Selbstverständlichkeit Beratungen mit der Parteiorganisation am Institut zu Fragen der Erziehung, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Parteileitung in vielen Dingen.

Deutlich wird das einmal mehr gerade jetzt bei der Diskussion der Hochschulprinzipien. Die SED stützte sich auf dem 11. Plenum auf Gedanken, die ja schon mehr oder weniger lange unter den Wissenschaftlern der verschiedenen Gebiete diskutiert wurden. Es ist doch natürlich, daß auf solche Art gemeinsam entwickelte Ideen auch gemeinsam vor Assistenten und Studenten vertreten werden, gleichgültig, ob es sich um eine vom Institutsdirektor einberufene Zusammenkunft oder um Veranstaltungen der Partei und der FDJ handelt.

tergeführt wird und zur Annäherung der Standpunkte beiträgt.

Zuerst notwendig: Klärung der Grundfragen

Gerhard Greif, Inst. f. Körpererz.

Den Briefwechsel zwischen den beiden größten Arbeiterparteien Deutschlands verfolge ich mit großem Interesse und begrüße ihn sehr. Es ist bereits ein Erfolg, daß dieser Briefwechsel überhaupt in Gang gekommen ist, obwohl ich vom Inhalt des Antwortbriefes der SPD enttäuscht bin. Während unsere Sozialistische Einheitspartei zu den Lebensfragen Deutschlands Stellung nimmt, vermisst ich einen Standpunkt der SPD zu solchen wichtigen Grundfragen wie „Was müssen wir in beiden Teilen Deutschlands tun, damit nie wieder ein Krieg von deutschem Boden aus-

geht?“ oder „Wie soll das zukünftige Deutschland aussehen?“. Statt dessen werden Probleme des Reiseverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten u. a. behandelt.

Freizügigkeit im Reiseverkehr und freie Meinungsäußerung als Forderung des Parteivorstandes der SPD haben einen unangenehmen Beigeschmack, wenn ich dabei an die schikanöse und provokatorische Behandlung unserer Sportler in Westdeutschland bei den Biathlon-Weltmeisterschaften in Garmisch oder bei der Vierschanzentournee denke, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ein weiteres Beispiel ist der Prozeß gegen den Sportjournalisten Arnold Bittner in Düsseldorf. Ist das etwa die „Freizügigkeit“ oder „freie Meinungsäußerung“, die die SPD meint?

Zuerst muß man sich doch über Grundfragen auseinandersetzen, wenn man sich verständigen will, weil meiner Meinung nach anders eine Lösung von Einzelfragen nicht möglich ist.

Gerhard Greif

rezensionen

Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands

BAND 6

Der Band 6 der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ umfaßt den Zeitraum Mai 1945 bis Oktober 1949. Das sind in der Geschichte Deutschlands die Jahre der Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse und der Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung auch anderer Schichten auf einem Drittel seines Territoriums. Dargestellt werden diese Jahre im wahren Sinne des Wortes ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands.

Diese irragenden Jahre deutscher Geschichte anschaulich und zugleich theoretisch gut fundiert dargestellt zu haben, ist das Verdienst der Autoren des vorliegenden Bandes.

Ausgehend von einer Analyse der internationalen Lage nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, weist der Band 6 des Geschichtswerkes nach, daß Deutschland in das große Ringen zwischen den Kräften des Fortschritts und den Kräften der Reaktion mitten hineingestellt war, daß sich der Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands aufs engste mit der weltumfassenden antiimperialistischen Volksbewegung verflocht.

Es genügt nicht, wie die Autoren betonen, die Folgen der imperialistischen Kriegspolitik zu beheben. Entscheidend war, ihre Ursachen nie für allemal zu beseitigen, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen konnte. Die Kernfrage einer nationalen deutschen Politik war, demokratische Verhältnisse zu schaffen, jene imperialistischen und militaristischen Kräfte auszuschalten, die unser Volk ausbeuteten, seiner Rechte und Freiheiten beraubten und zur Verklammerung anderer Völker mißbrauchten.

Anschaulich zeichnen die Autoren das Ausmaß der von den faschistischen Machthabern heraufbeschworenen nationalen Katastrophe nach, um dadurch die Größe der Aufgaben zu verdeutlichen, vor der die deutschen Antifaschisten im Mai 1945 standen. In unmittelbarem Zusammenhang damit wird die auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Humanismus beruhende selbstlose und allseitige Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht beim Neuanfang in den Monaten des Jahres 1945 und danach gewürdigt. An vielen konkreten Beispielen wird nachgewiesen, daß die Befehle der sowjetischen Militärbehörden und die Tätigkeit der deutschen Antifaschisten einander ergänzten, daß die Sowjetarmee der Klassenverbündeten der deutschen Arbeiterklasse war. Demgegenüber nahmen die imperialistischen Besatzungsmächte die Klasseninteressen des geschlagenen deutschen Monopolkapitals wahr und führten eine gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und damit gegen die Interessen der deutschen Nation gerichtete Politik durch.

Überzeugend widerlegen die Autoren die Behauptung westdeutscher Historiker, daß es 1945 keine deutsche Politik, sondern nur eine Politik gegenüber Deutschland gegeben habe. Am Beispiel des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945 und anderer wichtiger Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung weisen sie nach, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung die geschichtsgestaltenden Lehren des Marxismus-Leninismus auf die konkret-historischen Bedingungen schöpferisch anwandte und somit eine konstruktive nationale Politik betrieb. Das war, wie das der Band 6 hervorhebt, das historische Verdienst des Führungskollektivs der KPD unter Leitung von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. „Es hätte verstanden, W. I. Lenins Gedanken schöpferisch auf die deutschen Gegebenheiten anzu-

wenden, vor allem seine Lehren über den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus, über das Heranführen der Massen an die Aufgaben der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, über die Hegemonie der Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution, über die Bündnispolitik und über das Hinüberwachen der demokratischen in die sozialistische Revolution.“ (S. 42).

Breiten Raum nimmt der Kampf um die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ein, der ab Herbst 1945 zur zentralen Frage des Klassenkampfes in Deutschland geworden war. Dabei wird sowohl die ganze Komplexität als auch der demokratische Charakter des Vereinigungsprozesses herausgearbeitet. Damit wird zugleich die imperialistische Geschichtslüge von der „Zwangvereinigung“ widerlegt und nachgewiesen, daß die von den rechten Führern betriebene Spaltungspolitik dem revolutionären Einheitswillen der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten widersprach. An Hand der Beschlüsse des Vereinigungsparteitages wird die große nationale und internationale Bedeutung der Vereinigung von KPD und SPD erläutert.

Ein weiteres Hauptanliegen des Bandes 6 ist die Behandlung der demokratischen Konzeption der KPD bzw. SED, die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und Militarismus in einer offenen - wenn auch langwierigen - Feldschlacht zu führen. Die strategische Zielsetzung dieses Kampfes war, durch die Vernichtung von Faschismus, Militarismus und Imperialismus in ganz Deutschland die demokratische Einheit der Nation zu sichern und die Gründung der einheitlichen deutschen demokratischen Republik zu vollziehen. Mit großer Sachkenntnis werden die einzelnen Phasen und die Höhepunkte dieser antiimperialistischen Volksbewegung wahrheitsgetreu nachgezeichnet, die Zusammenhänge aufgezeigt und wichtige Schlussfolgerungen gezogen. So wird insbesondere am Beispiel der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden und deren Fortführung zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf gegen die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates die Folgerichtigkeit in der Weiterentwicklung der nationalen Politik der SED nachgewiesen.

Mit wissenschaftlicher Exaktheit weist der Band 6 nach, daß die Gründung der DDR folgerichtig aus der Offensive des Kampfes der von der SED geführten demokratischen Kräfte, im Ergebnis einer breiten, alle Teile Deutschlands erfassenden antiimperialistischen Volksbewegung erfolgte. Im Widerspruch dazu wurde die Gründung der imperialistischen Bundesrepublik im Resultat antidemokratischer Medien-schaffens des in- und ausländischen Monopolkapitals vollzogen. Ihre Geburt erfolgte im Kampf gegen das deutsche Volk und seine Lebensinteressen. Darin besteht zugleich ihre Perspektivlosigkeit.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Osten Deutschlands und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1949 waren organischer Bestandteil der Herausbildung des sozialistischen Lagers. Aus diesem Grunde ist der Band 6 der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zugleich ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, ein Beitrag, der bereits jetzt die Aufmerksamkeit zahlreicher ausländischer Wissenschaftler und Politiker gefunden hat.

Die Grundlehre, die der vorliegende Band vermittelt, lautet: Wenn die Arbeiterklasse gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpft, wird sie zu einem unüberwindlichen nationalen Kraftzentrum, das in der Lage ist, im Ergebnis einer breiten antiimperialistischen Volksbewegung die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes zu lösen. Diese Lehre für unseren gegenwärtigen Kampf nutzbar zu machen, ist das Grundanliegen des Offenen Briefes des ZK der SED an die Delegierten des Dortmund Parteitages der SPD und alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland.

Endlich Resonanz

Professor Dr. Günter Clauß, Inst. für Psychologie „Wilhelm Wundt“

Im Gespräch setzt die Bereitschaft mindestens zweier Partner voraus, miteinander zu sprechen. Die SED bekundete in den zurückvergangenen Jahren wiederholt durch Erklärungen und offene Briefe ihre Bereitschaft, sich den berechtigten Kritiken der Bundesrepublik zu unterhalten. Endlich fand eines dieser lebenswichtigen Fragen der deutschen Zukunft ein vernünftiges Echo. So ist der Dialog zwischen den beiden stärksten Arbeiterparteien begonnen. Das ist ein Schritt, den ohne Beratung, ohne Ausreden, ohne Argumente, ohne klare Darlegung des politischen Ziels ist eine Korrektur der Standpunkte nicht zu erwarten. Ich wünsche, daß der öffentliche Meinungsaustausch sachlich und würdevoll wei-

Was ist das „Ostbüro“ der SPD?

Das sogenannte „Ostbüro“ der SPD wurde 1946 auf Initiative der Gruppe um Dr. Schumacher geschaffen. Ihm war die Aufgabe gestellt, mit Hilfe von britischer und amerikanischer Nachrichten-Offiziellen eine illegale Organisation in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, die die SED ersetzen und die Entwicklung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens hemmen sollte. Das „Ostbüro“ wurde somit beauftragt worden, gemeinsam mit anderen imperialistischen Institutionen die Konterrevolution in der DDR vorzubereiten zu helfen.

In den zurückliegenden Jahren wuchs die Zahl der Agenten in der SPD, die die Auflösung dieser imperialistischen Agentur in der westdeutschen Arbeiterbewegung im Interesse der Verschiebung der Beziehungen zwischen SPD und SED sowie zwischen beiden deutschen Staaten verfolgen. Leider hat der Parteivorstand der SPD diesem Verlangen nicht entsprochen. Es wäre jedoch nunmehr endgültig an der Zeit, das „Ostbüro“ aufzulösen, was ein echter Beitrag zur Fortführung des offenen Gesprächs zwischen den beiden größten deutschen Arbeiterparteien wäre.

antworten

Wir freuen uns, heute berichten zu können,

daß dieses Werbeziel schon in zahlreichen Parteigruppen unserer Universität verwirklicht ist. Dazu gehören die Parteigruppen Literarische Publizistik (Journ.); die Wissenschaftler der Veterinärmedizinischen Fakultät; Betriebs- und Arbeitsorganisation; Agrarökonomie/Tierernährung; Marxismus-Leninismus (alle drei Landwirtschaftliche Fakultät); Parteigruppe 3 des Instituts für Fremdsprachen; der Lehrkörper des Dolmetscher-Instituts; die Wissenschaftler des Instituts für Kunstgeschichte und Kunsterziehung; die Parteigruppen Allgemeine Pädagogik und Methodik; die Ärzte der Hautklinik; an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Gruppen Arbeitsökonomie; Rechnungsführung Statistik; Wirtschaftsgeschichte. Dazu kommen die APO Pharmazie und die Grundorganisation Franz-Mehring-Institut.

Besonders freuen wir uns darüber, daß gleiche Ergebnisse - jeder Genosse Abonnent der UZ - von den Parteigruppen der Studenten des 1. Studienjahres Konsumgüterbinnenhandel und des 4. Studienjahres der Germanisten erreicht wurde. Unverständlich ist dagegen, daß in zwei

Jeder Genosse ist Abonnent der UZ

Parteigruppen der Journalistik (2. Std.), Gruppen 5 und 6) nur insgesamt eine (!) UZ abonniert wird, daß auch über 80 Prozent der Studenten des vierten Studienjahres Journalisten die UZ nicht beziehen. Die Parteilisten der UZ nicht beziehen. Die Parteilisten muß hier schnell verändern, zumal auch das dritte Studienjahr, soeben zurückgekommen, fast komplett neu zu werben ist! Während andere Parteigruppen zumindest begannen, Versäumnisse nachzuholen, erteilen wir von der GO Journalisten noch keinen einzigen Abonnentenschein. Unter den bisher vorliegenden Studentengruppen schneiden die Journalisten damit fast am schlechtesten ab!

Auch die Bilanz der APO Anglisten/Romanisten ist kein Ruhmesblatt - die Hälfte der Genossen Wissenschaftler und alle Genossen Studenten haben die UZ nicht abonniert! Gedanken über eine schnelle Werbung ihrer Genossen für die Erfüllung des Werbeziels müssen sich auch die Leitungen der Parteigruppen Produktionsmittelhandel (B und C), Biolo-

gie (Stud.), Slawisten (3. und 5. Std.), die Wissenschaftler des Ostasiatischen Instituts und besonders die Genossen Ärzte der Kinderchirurgie machen, von denen keiner (!) seine Universitätszeitung abonniert. Wie wollen diese Genossen den Leserkreis der UZ auch unter den partellosen Kollegen und Studenten vergrößern helfen, wenn sie diese erste Voraussetzung - jeder Genosse abonniert die UZ - nicht erfüllen?

Und schließlich, wie wollen die GO und APO Historische Institute, Chemische Institute, Marxismus-Leninismus (Math.-Nat.), Medizinische Klinik, die Studentenorganisationen der Medizin u. a. das Werbeziel „Jeder Genosse abonniert die UZ“ erreichen, wenn sie bis heute noch nicht einmal wissen, welcher Genosse überhaupt ein Abonnent ist?

Wir werden die Sekretäre der angesprochenen Parteigruppen in den nächsten Wochen fragen, wie sie den Auftrag des Sekretariats der Universitäts-Parteilisten verwirklichen wollen.

UZ-Werbung